

Anhaltende Ungewissheiten

Pandemie-Perspektiven für den Sommer – und danach

Klaus-Peter Görlitzer (Hamburg), Journalist, verantwortlich für BIOSKOP

Angehört

Im Bundestag gibt es ein »Parlamentarisches Begleitgremium Covid-19-Pandemie«. Am 27. Mai wurden dort mehrere Sachverständige angehört. Zur Sprache kam auch, wie aussagekräftig eigentlich die Sieben-Tage-Inzidenz gemeldeter Neuinfektionen sei. Kritisch äußerten sich dazu die Professoren Helmut Küchenhoff und Detlev H. Krüger. Statistiker Küchenhoff sagte laut Parlamentspressedienst *Heute im Bundestag (hib)* unter anderem, es handle sich um eine ungenaue Erhebung mit systematischer Verzerrung. Ähnlich bewertete es Virologe Krüger, zu seinen Ausführungen schrieb *hib* auch dies: »Bei dem im Herbst zu erwartenden jahreszeitlich bedingten Wiederanstieg der Infektionen sollte daher die Inzidenz in der Risikogruppe der Alten und Vorerkrankten zur Bewertung herangezogen werden, sagte Krüger. Als wichtigen Parameter benannte er ebenso wie Küchenhoff die Aufnahme von Corona-Patienten auf die Intensivstationen der Krankenhäuser.«

Den Weg aus der Pandemie würden vor allem Impfungen bahnen, erklären seit Monaten diverse Politiker*innen und Wissenschaftler*innen. Und was bedeutet diese Strategie für Menschen, die sich lieber nicht impfen lassen wollen?

Am 23. Mai, dem Geburtstag des Grundgesetzes, verbreitete Jens Spahn mal wieder Zuversicht: »Wir haben die Chance auf einen richtig guten Sommer«, sagte der Bundesgesundheitsminister in einem Interview mit *Bild am Sonntag (BamS)*, das auch auf der Homepage des Ministeriums steht. Spahn sprach nicht vom Wetter, sondern von der dritten Corona-Welle, die »alle zusammen« gebrochen hätten.

Fraglich ist aber: Mit welchen Perspektiven ist mittelfristig zu rechnen? Am 10. Juni lag die 7-Tage-Inzidenz (Zahl der gemeldeten Corona-Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner*innen) in Deutschland erstmals seit Oktober 2020 wieder unter 20. Mit Verweis auf den Inzidenzwert rechtfertigen die Regierungen in Bund und Ländern die – wenn auch mittlerweile teilweise zurückgenommenen – Einschränkungen von Grundrechten in der Pandemie. Dabei ist die Ausgestaltung dieses Werts wissenschaftlich durchaus umstritten (→ *Randbemerkung*).

Wer gegen das Coronavirus geimpft oder eine Covid-19-Erkrankung überstanden hat, dem werden nach den politischen Vorgaben derzeit grundsätzlich mehr Freiheiten gewährt als den Ungeimpften. Den Status nachweisen kann man ab Mitte Juni per digitalem Impfpass, aber auch der analoge gelbe Impfausweis aus Papier ist weiterhin gültig. Zu welchen, auch nichtmedizinischen Zwecken dieses Dokument mittelfristig genutzt wird, ob der Pass gar zur digitalen Eintrittskarte wird, wie es manche befürchten, wird man sehen – Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) hatte jedenfalls wiederholt erklärt, dass der Gesetzgeber private Veranstalter, die Angebote ausschließlich für Geimpfte anbieten, nicht daran hindern könne und wolle (→ *BIOSKOP Nr. 93*).

Ein zentrales Impfregeister, das zeitweilig in der Diskussion war, wird es erst mal nicht geben. In besagtem *BamS*-Interview bemerkte Spahn dazu: »Es ist ja richtig, dass wir großen Wert auf Datenschutz und Datensicherheit legen. Aber wir müssen in Deutschland unsere Angst vor nationa-

len Bürgerregistern überwinden, wenn wir bei der Digitalisierung vorankommen wollen.«

Ein zentrales Argument, um unterschiedliche Rechte für Geimpfte und Ungeimpfte legitimieren zu wollen, ist die Annahme, dass Geimpfte kein Ansteckungsrisiko für ihre Mitmenschen mehr bergen würden. Nur weil noch nicht alle geimpft seien, könne man den Geimpften doch nicht die Normalität verwehren, erklärte der Gießener Rechtsprofessor Stefan Augsberg, Mitglied des Deutschen Ethikrates, Anfang Mai dem *ZDF-Morgenmagazin*.

Diese Annahme ist fragwürdig, nicht nur, weil das Bundesgesundheitsministerium inzwischen auf Nachfrage mitteilte, dass sich über 13.000 vollständig Geimpfte hierzulande mit dem Coronavirus infiziert haben (→ *Seite 7*). Unklar ist auch, wie lange die Impfwirkung anhält. Das Robert Koch-Institut (RKI) informiert auf seiner Webseite: »In Bezug auf die genaue Schutzdauer nach vollständiger COVID-19-Impfung liegen

aktuell noch keine belastbaren Daten vor. Ob und wann zu einem späteren Zeitpunkt eine Auffrischimpfung nötig ist, um den Impfschutz aufrecht zu erhalten, ist noch nicht klar.«

Thomas Mertens, Vorsitzender der Ständigen Impf-

kommission (STIKO), erklärte Mitte Mai gegenüber der *Funke-Mediengruppe*, dass das Coronavirus »uns nicht wieder verlassen« werde. Und er sagte auch: »Grundsätzlich müssen wir uns darauf einstellen, dass möglicherweise im nächsten Jahr alle ihren Impfschutz auffrischen müssen.«

Gut drei Wochen später verwies Professor Mertens, ebenfalls gegenüber den *Funke-Zeitungen*, auf »mehrere Studien, die zeigen, dass die Impfung gegen Covid-19 bei Menschen, deren Immunsystem medikamentös gebremst wird, nicht so gut wirkt wie bei anderen«. Betroffen seien zum Beispiel Krebspatient*innen und Menschen, die transplantiert seien.

Minister Spahn rechnet »frühestens im Winter« mit dem Start der dritten Corona-Impfung. Im *BamS*-Interview sagte er auch: »Und wir bereiten jetzt schon die nächste Impfkampagne vor. Zu Beginn des Sommers will ich mit Ärzten, Ländern und Kommunen besprechen, wie wir das konkret organisieren sollten.« An Produktionskapazitäten und Impfstoffen werde es nicht mangeln, erklärte der Minister, die Europäische Union habe ja »frühzeitig genug Impfstoff für 2022 und 2023 bestellt«.

»In Bezug auf die genaue Schutzdauer nach vollständiger COVID-19-Impfung liegen aktuell noch keine belastbaren Daten vor.«